

# Die Verfassung.

## Wochenblatt für das Volk.

Erscheint jeden Sonntag. Preis vierteljährlich bei allen Preuss. Postanstalten 4 1/2 Sgr., bei den außerpreussischen Postanstalten 7 1/2 Sgr., in Berlin bei allen Zeitungs-Expeditoren incl. Botenlohn 8 Sgr., in der Expedition, Mohrenstraße Nr. 34, 4 1/2 Sgr. Inzerate die Zeile 8 Sgr.

### Das Programm der Fortschrittspartei.

Vor vierzehn Tagen theilten wir den Brief mit, den einer unserer Freunde in Ostpreußen an uns gerichtet hatte. Er machte uns aufmerksam auf das neue Programm oder die neue Fassung, welche der Ostpreussische Abgeordnete v. Sauten-Larupitschen der Volkspartei anempfohlen hatte. Sie sollte lauten: „Es darf kein Pfennig mehr an Einkommen- und Klassensteuer erhoben werden, als die Volksvertretung alljährlich bewilligt.“ Aber der Briefsteller fügte auch hinzu, daß Herr v. Sauten damit das alte Programm der Fortschrittspartei nicht aufheben, sondern erfüllen wollte.

Herr v. Sauten hat Recht; das alte, noch immer nicht erfüllte, Programm muß unverbrüchlich das unrige bleiben. Damit es aber erfüllt werde, müssen wir, ein Jeder an seinem Theile und nach seinen Kräften, dafür sorgen, daß wir endlich eine Regierung bekommen, die mit redlichem Ernste dieses Programm auch zu dem ihrigen macht.

Im Herbst 1858 hatten wir ein Abgeordnetenhaus gewählt, dessen große Mehrheit aus freisinnigen und vaterlandsliebenden Männern bestand. Aber diese Mehrheit handelte gerade in den entscheidenden Fragen und insbesondere bei der Frage über die Militär-Reorganisation nicht so, wie das Volk es von ihr erwartet hatte. Gerade da, wo es am meisten darauf ankam, konnte sie sich nicht entschließen, einem zwar wohlwollenden, aber allzu nachgiebigen Ministerium gegenüber ein entschiedenes Nein zu sagen. Als nun dieses Abgeordnetenhaus am 3. Juni 1861 seine letzte Sitzung gehalten hatte und die Wahlen zu einem neuen Abgeordnetenhaus bevorstanden: da trat eine Anzahl kluger und entschlossener Männer zusammen, und forderte die Gleichgesinnten im Lande auf, eine neue Partei des entschiedenen Fortschritts zu bilden. Diese Männer standen an Einsicht und Thatskraft alle einander gleich; wir nennen nur die allbekannten Namen Schulze-Delitzsch, Birchow, Kordenstedt, Uruab, Heverstedt. Schon am 9. Juni erließen sie einen Wahlauftrag, der unter dem Namen „Programm der Fortschrittspartei“ damals überall verbreitet wurde. Dem wesentlichen Inhalte dieses Programms haben, theils mit, theils ohne ausdrückliche Erklärung, sich alle freisinnigen Männer in Preußen angeschlossen, auch die, welche nicht geradezu sich Mitglieder der Fortschrittspartei nennen wollten.

Dies Programm ist, wie gesagt, noch heute das Programm aller frei und klar denkenden Männer des Preussischen Volkes und wird es bleiben, bis sein letzter Buchstabe er-

fällt ist. Damit aber Jedermann sich dessen bewußt bleibe, theilen wir seinen wesentlichen Inhalt mit.

„Die Verfassung“, sagt das Programm, „ist das unzerstörbare Band, welches Fürst und Volk zusammenhält.“ Natürlich ist sie ein solches Band nur dann, wenn sie gehalten und ausgeführt wird. Damit sie unter allen Umständen gehalten werden müsse, ist von ihr selbst die Verantwortlichkeit der Minister angeordnet worden. Aber diese Verantwortlichkeit bleibt ein leeres Wort, wenn die Minister nicht wegen Verfassungswidrigkeit vor Gericht gestellt werden können. Darum fordert das Programm die endliche Ausführung des Art. 61 der Verfassung. Dieser Artikel gebietet bestimmt, daß ein besonderes Gesetz über die Art und Weise erlassen werden soll, wie die Minister „wegen des Verbrechens der Verfassungswidrigkeit, der Verletzung und des Verrathes“ vor dem obersten Gerichtshof der Monarchie verantwortlich gemacht werden können. Aber dieses Gesetz ist trotz aller Mahnungen von Seiten des Volkes und des Abgeordnetenhauses bis heute noch nicht erlassen worden.

Ferner reicht es nicht aus, nur gegen Ueberschritte der Minister geschützt zu sein. Denn auch unter verfassungstreuen Ministern haben wir keinen ausreichenden Schutz gegen willkürliche und ungerechte Handlungen hoher und niedriger Beamten, so lange und gegen Rechtsverletzungen von ihrer Seite in unzähligen Fällen nur eine Beschwerde bei der vorgesetzten Behörde, nicht aber die Berufung an die Gerichte des Landes zusetzt. Darum verlangt das Programm, dem Geiste der Verfassung gemäß, die Abschaffung aller Gesetze, welche den Rechtsweg gegen Beamte in schädlicher Weise erschweren oder ganz verschleiern. Auch können wir in vielerlei andern Prozessen ein volles Vertrauen zu der Gerechtigkeit und Unparteilichkeit richterlicher Urtheile nur dann haben, wenn alle Gesetze und Einrichtungen abgeschafft sind, durch welche die Unabhängigkeit des Richteramtes gefährdet erscheinen kann.

Die Beschüßung unseres Rechtes nach allen Seiten hin, nach unten wie nach oben, ist für die Freiheit und die Wohlfahrt des Volkes und jedes Einzelnen schlechterdings notwendig. Doch reicht sie lange nicht aus, um uns Freiheit und Wohlfahrt in dem nöthigen Maße zu gewähren. Dazu gehören noch viele andere Einrichtungen des Staates, die der christlichen und vernünftigen Arbeit des einzelnen Mannes zur Hilfe kommen müssen. Und nicht bloß neuer Einrichtungen, sondern fast mehr noch bedürfen wir der Beseitigung alter Einrichtungen, die ein fortwährender Hemmschuh für

das geistige und leibliche Wohl des gesammten Volkes sind. Aus diesem Grunde stellt das Programm eine Reihe weiterer Forderungen auf.

Es fordert eine bessere, mit den Bedürfnissen der Bildung unserer Zeit in vollem Einklange stehende Einrichtung des gesammten Unterrichtswesens, besonders in der Volksschule. Das Programm erklärt es für höchstthin notwendig, daß die bisherigen Regularien und andere zweckwidrige Normalvorschriften endlich beseitigt und endlich das von Art. 26 vorgeschriebene Unterrichtsgesetz erlassen werde. Es verlangt ferner im gleichen Interesse der Religion und des Staates, daß die volle Religionsfreiheit, und die volle Gleichheit der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten, wie Art. 12 es schon längst vorschreibt, den Bekennern jedes Standes ungehindert und ganz gewährt werde. Die Kirche hat den hohen und heiligen Beruf, die Seelen der Menschen zu erheben und ungeschminkter Frömmigkeit zu erheben. Damit sie diesen Beruf mit ungebrochener Kraft rein und ganz erfüllen könne, verlangt das Programm, die Trennung des Staates von der Kirche. Denn eine Kirche, die einerseits Rechte besitz, wie sie nur einer weltlichen Obrigkeit zutommen, und andererseits in ihrem eigenen inneren Leben von der Staatsgewalt abhängt, eine solche Kirche verfallt nur allmählich dem Schicksale, aus einer Dienerin der Religion die Dienerin ihrer eigenen weltlichen Interessen, oder auch der jedesmal im Staate herrschenden Partei zu werden.

Auf dem ureigenen Gebiete des Staates selbst verlangt dann das Programm vor Allem eine andere und bessere „Gemeinde-, Kreis- und Provinzialverfassung.“ In diesen Verfassungen sollen die längst verstorbenen ständischen Unterabteilungen, d. h. die Unterscheidung der Rittergutsbesitzer, der Bürger und der Bauern als besonderer und ungleich berechtigter Stände, endlich aufgehoben werden. Namentlich soll die gutsherliche Polizei beseitigt werden. Dagegen sollen die wahren Grundröße der Gleichberechtigung und der Selbstverwaltung zu voller und ungetrübter Geltung gelangen.

Weiter verlangt das Programm, daß die Wehrkraft des preussischen Volkes in jeder zweckentsprechenden Weise erhöht und verstärkt werde. Denn kein Völkchen kann so groß sein, daß wir es nicht bringen sollten, wenn es gilt, das Recht und die Ehre des Landes, so wie die Personen und das Eigentum seiner Bewohner gegen übermächtige, kriegerische und eroberungslustige Nachbarn mit bewaffneter Hand zu verteidigen. Aber die Mittel, durch welche die Wehrkraft des Landes erhöht werden soll, müssen auch wirklich zweckentsprechend sein. Diesem Zwecke entspricht es, wie das Programm sagt, wenn die Landwehr, den alten und allein noch zu Rechte bestehenden Gesetzen gemäß, erhalten oder (besser gesagt) wiederhergestellt, wenn die Knaben im ganzen Lande schon während der Schuljahre auch körperlich ausgebildet, und wenn es möglich die ganze erwachsene und wehrfähige Jugend auch wirklich in den Waffen geübt wird. Aber es widerspricht diesem Zwecke, wenn man einen übergroßen Theil der Arbeitskräfte des Landes dadurch lahm legt, daß man die ausgeübene junge Mannschaft viel länger als nöthig ist, daß man sie sogar länger als zwei Jahre im Friedensheere zurückhält. Eben so widerspricht es diesem Zwecke, wenn man zur Erhaltung eines übermäßig großen stehenden Heeres schon im Frieden unsere Steuerkraft so anspannt, daß wir die Kosten eines Krieges (falls derselbe ein wirklich großer und lange dauernder Krieg ist) unmöglich noch aufbringen können. Wir haben es längst ein-

gesehen, wir haben es aber in den Jahren, die seit der Auflassung des Programms verlossen sind, auch in dem letzten amerikanischen Kriege an einem lebendigen Beispiele erfahren, daß wir ein Kriegsgewehr von ausreichender Stärke nur dann auf die notwendige längere Dauer erhalten können, wenn das Friedensheer nicht größer und nicht kostspieliger ist, als der Zweck der Waffenübung und der Waffenbereitschaft es unumgänglich erfordert.

Dann aber gebietet das Programm auch der noch sehr mangelhaften Forderungen, die dem Ackerbau, dem Gewerbe und dem Handel von Seiten der Staatsregierung zu Theil wird; es gebietet der vielen Geseze und Einrichtungen, durch welche Ackerbau, Gewerbe und Handel in ihrem Gedeihen sogar behindert werden. Es verlangt daher eine kräftigere Förderung und insbesondere die rasche Hingewandlung aller Hindernisse, die dem freien Gebrauche unserer Arbeitskräfte und unserer Arbeitsmittel noch immer durch die Schuld der Geseze und der Staatseinrichtungen im Wege stehen. Es weist darauf hin, daß die wirtschaftlichen Kräfte des Landes schon darum von allen alten Fesseln befreit werden müssen, damit wir die steigende Last der Ausgaben und die Kosten eines etwaigen ernsthaften Krieges auch wirklich zu tragen vermögen.

Zum Schluß sagt dann das Programm, daß alle diese Forderungen, so dringend sie auch immer sind, dennoch bloß „fromme Wünsche“ bleiben werden, so lange das Herrenhaus den Willen und die Macht habe, die Erfüllung derselben durch sein bloßes Nein zu verhindern. Darum sei es die nächste Pflicht des Volkes und seiner Vertreter, mit aller Kraft auf verfassungsmäßigem Wege darauf zu bringen, daß das gegenwärtige Herrenhaus von Grund aus umgestaltet werde.

Wem ist das eine dringende Nothwendigkeit. Aber die Verfasser des Programms konnten damals die spätere Auslegung der Verfassung noch nicht kennen. Bekanntlich hat man dieser neuen Auslegung sich bedient, um unter Berufung auf sie, bereits im vierten Jahre ohne das durch die Verfassung unbedingt gebotene Staatshaushaltsgesetz zu regieren. Man konnte aber ohne ein Staatshaushaltsgesetz regieren, weil es möglich war, auch ohne dasselbe alle Steuern und alle Ausgaben von uns zu erheben. Und weil man ohne Staatshaushaltsgesetz regieren konnte, so hatte man nicht nöthig, dem Abgeordnetenhaufe auch nur eine einzige von allen den Forderungen zu bewilligen, die das Programm der Fortschrittspartei aufgestellt hat.

Zum Wohle des Landes aber müssen diese Forderungen durchgesetzt werden. Und damit dies dereinst auf verfassungsmäßigem Wege geschehen könne, müssen wir zu unserem Programme den Zusatz machen:

**Es darf kein Pfennig mehr an direkten Steuern erhoben werden, als die Volksvertretung alljährlich bewilligt.**

Dieser Zusatz hat den Rang noch vor der Umgestaltung des Herrenhauses. Ueberlegen wir, wie die Forderung desselben auf verfassungsmäßigem und rechtmäßigem Wege durchzusetzen ist! Haben wir sie durchgesetzt, dann werden wir auch eine Regierung haben, welche das Programm der Fortschrittspartei zu dem ihrigen machen muß.

## Politische Wochenschau.

**Preußen.** In den jetzt wieder „provisorisch“ getrennten Altkreisregierungen haben sich nun die verschiedenen Verwaltungen etabliert. In Holstein hat der Statthalter v. Gabletz eine „herzogliche Landesregierung“ aus Landeskindern ein-

seht, während General von Mantuffel in Schleswig eine „schlesw'gische Regierung“ gründete, deren hauptsächlichste Mitglieder nicht dem Lande angehören. Bemerkenswerth ist vor Allem, daß die schlesw'gische Regierung, welche den preussischen Adler im Wappen führt, dem militärischen Gouverneur untergeordnet ist, während in Holstein die „herzogliche“ Landesregierung selbstständig die Verwaltung führt und der Statthalter nur eine höhere Instanz bildet. Am klarsten leuchtet der Geist, in welchem die Verwaltung in beiden Ländern geführt werden wird, aus den Manifestationsproklamationen der beiden Herren hervor. General von Mantuffel redet die Schleswiger mit militärischer Kürze folgendermaßen an: „Durch den Vertrag von Gastein seid Ihr demnachst einer besonderen Verwaltung unter der Autorität Seiner Majestät des Königs von Preußen überwiesen worden. Das Wort preussische Verwaltung schließt den Gedanken: „Gerechtigkeit, öffentliche Ordnung, Beförderung der allgemeinen Wohlfahrt“ in sich ein. Indem ich auf Befehl Seiner Majestät des Königs von Preußen heute das Gouvernement des Herzogthums übernehme, verspreche ich Euch zugleich volle Berücksichtigung Eurer eigenen Interessen. Ich erwarte von Euch Gehorsam gegen die Befehle Sr. Majestät und Vertrauen.“ Wie anders spricht Herr von Gablem. Obgleich nicht minder Militär wie Herr von Mantuffel (vor dem er sogar voraus hat, daß er schon in mehreren Feldzügen mitgekämpft und größere selbstständliche Corps geführt) spricht er mit einer Gutmüthigkeit, die auf die Norddeutschen namentlich bei den naheliegenden Vergleichen um so günstiger wirken muß. Folgendes: „Einwohner des Herzogthums Holstein! Wir sind einander nicht unbekannt, denn noch ist es nicht lange her, daß ich so glücklich war, Euer schönes und gesegnetes Land zu betreten, um an der Spitze eines kaiserlichen Armeekorps, im Verein mit den allirten königlich preussischen Truppen in den Kampf zu gehen, der Eurer nationale Unabhängigkeit zur Folge gehabt hat. Ich hoffe als kaiserlicher Statthalter auf dasselbe Entgegenkommen von Euch, wie es damals die kaiserlichen Fahnen fanden. Mit voller Zuversicht zähle ich auch diesmal auf Euren oft erprobten besonnenen Charakter, auf Euren Sinn für Gerechtigkeit. Diese zweifelhafte Hoffnung erleichtert mir die Uebernahme meiner jetzigen Mission, deren Schwierigkeiten ich nicht verkenne — Schwierigkeiten, die jedoch durch Eure ruhige und von wahrem Patriotismus besetzte Haltung überwinden werden können. Mit alkr Anticipation ist will ich meinerseits die unter Euch so hoch ausgebildete Selbstverwaltung aufrecht erhalten und die Landeskindern vor Allem dabei mitwirken lassen. Ich verspreche Euch die gewissenhafte Anwendung der bestehenden Gesetze, die möglichste Förderung Eures geistigen und materiellen Wohls, energischen und schnell n Vollzug der Administration und strnge Inhabung einer unparteiischen Rechtspflege. Zum Zwecke eines geregelter ununterbrochenen Geschäftsganges erlasse ich gleichzeitig, die erforderlichen Verordnungen, wodurch für mich die Grundlage gewonnen wird, um den wirthlichen Bedürfnissen des Landes Rechnung tragen zu können. Den Befugnissen der entscheidenden Politik fernstehend, befehle mich allein der Gedanke, jedem Bauteigetriebe freud, unablässig nur die Entwicklung der Wohlfahrt dieses Landes anzustreben und durch das Vertrauen der Bevölkerung gestützt, den berechtigten Wünschen desselben entgegen zu kommen.“

In demselben Geist, wie seine Proklamation lautet, hat General v. Mantuffel auch die Beamten angedeutet; hauptsächlich betont er sieb den „Gehorsam“, den sie den „Befehlen“ entgegenzubringen hätten. Wir fürchten, daß ein solches Auftreten keine guten Folgen haben wird, namentlich wenn wir

die jetzt dort vorgenommenen Beamtenabhebungen und das durch das Auftreten des preussischen Landraths Prinzen Hohenzollern begünstigte Wiedereuwachen des dänischen Elements in Nordschleswig hinzunehmen. Wir haben neulich erwidert, daß die Nordschleswiger auf die Hilfe des Auslandes spekuliren; daß sie ein Recht dazu haben, beweisen die in den letzten Tagen bekannt gewordenen Noten Englands und Frankreichs über den Vertrag von Gastein. Diese Noten sind in einem so scharfen, bei Diplomaten gar nicht üblichen Tone abgefaßt, daß die Norddeutsche Allgemeine Zeitung acht Tage lang stief und fest behauptete, daß die Affenstücke nicht ächt sein könnten. Sie sind aber ächt. Es ist leider so weit gekommen, daß ein großer Theil von Deutschland eine gewisse Verwundung darüber empfindet, wenn das Ausland sich in unsere innern Angelegenheiten einmischt. Wie würde ein solcher Versuch der Einmischung einmüthig vom ganzen deutschen Lande und der ganzen deutschen Presse zurückgewiesen werden, wenn die Regierung mit der Landesvertretung in Eintracht lebte!

Mit Lauenburg ist die Sache in unerwarteter Weise in's Reine gekommen. Der König hat Lauenburg als ein eigenes Herzogthum und unter Aufrethaltung der bisherigen Verfassung des Landthums für sein königliches Haus in Besitz genommen, indem er aus seinen Privatmitteln die Abfindungssumme an Desterreich zahlte und den Grafen Arnim als seinen Kommissarius nach Rabelburg zur Besitzergreifung schickte. In den nächsten Tagen schon wird der König selber, auf die ihm vorgetragene Bitte einer Stände-Deputation, sich nach Lauenburg begeben, um die Zustimmung des Landes entgegenzunehmen. Es findet also eine Personal-Union und keine Eingliederung des Herzogthums in Preußen statt. Wenn es sich aber darum handelt, ob die Angelegenheit zur Kenntnis und Genehmigung des Landtages gebracht werden soll, so macht es keinen Unterschied, in welcher Weise die Verbindung mit der Krone erfolgt ist. Zur Erweiterung der Grenzen des Staates (das ist die Annexion) bedarf es ebenso sehr der Zustimmung der Landesvertretung wie zur Personal-Union, denn nach der Verfassung muß der König, wenn er die Regierung eines zweiten Reiches antritt, sich jener Zustimmung verschaffen. Er ist nicht macht ein offizielles Blatt dieser Tage die Bemerkung, daß Lauenburg kein „Reich“ sei, weil es nur 50,000 Seelen zählt; doch ist das nur einer der bekannten Steine, welche die Dürftigen mitunter auf eigene Hand zur Verblüthung ihrer Brotgeber machen. Im Auftrag der Regierung ist es sicherlich nicht geschehen.

Der am 1. Oktober in Frankfurt a. M. zusammentretende Abgeordnetentag, wird, wie es scheint, sehr stark aus Mittel- und Süddeutschland, aber nur äußerst schwach aus Desterreich und Preußen besetzt werden. Die Desterreicher, die im Grunde niemals ein allzu lebhaftes Interesse an allgemeinen deutschen Angelegenheiten hatten, haben jetzt zu Hause ihr Augenmerk nur darauf gerichtet, daß ihnen die Verfassung nicht ganz unter den Füßen verschwände; der Kopf wird ihnen nicht sehr danach stehen, sich in Frankfurt über schlesw'g-holsteinische Angelegenheiten zu erhitzen. Sie fürchten nicht Herrn v. Wiemar, sondern die Unzarn, die drauf und dran sind, ihre 48 er Gesetze vollständig widerzuerobern und dadurch das Reich in zwei Hälften zu spalten. Die preussischen Mitglieder hatten den Zeitpunkt zum Abgeordnetentag für keinen günstig gewählt. Es läßt sich auch nicht bezweifeln, daß die schlesw'g-holsteinische Frage, nachdem sie in ihre jetzige Lage gekommen ist, auf dem Abgeordnetentage schwerlich gefördert werden kann. Was zu geschehen hat, muß im preussischen Abgeordnetentage geschehen, hier gilt es, das Recht des preussischen Volkes sowohl als des Schleswig-Holsteinischen zu wahren. Und je mehr sich die Situation

in den letzten Monaten abgefaßt hat, je deutlicher die Bestrebungen der Regierung in ihren neuesten Schritten hervortreten: desto fester sind wir überzeugt, daß das preussische Abgeordnetenhaus seinen Standpunkt in der schleswig-holsteinischen Frage, den es niemals verlassen hat, in der entscheidenden Weise mit den verfassungsmäßigen Mitteln zur Geltung bringen wird. Reden und Beschlüsse auf dem Abgeordnetentage, welche gegenwärtig, wo die öffentliche Meinung leider keine Beachtung mehr findet, ohne Resultat bleiben, würden eben deshalb nicht nützen, sondern nur schaden und den Gegnern willkommene Waffen liefern.

Gegen den Redakteur May ist jetzt in Perleberg die Untersuchung eröffnet worden, nachdem das Kammergericht die Verhaftung desselben beschlossen hatte.

Die Zahl der politischen und Preßprozesse mehrt sich immer mehr. Der Abgeordnete Dunder wird nun ebenfalls bald vor Gericht erscheinen, um sich über eine Aeußerung gegen das Ministerium, die er im vorigen Jahre in einer Versammlung von Nationalvereinsmitgliedern gethan, zu rechtfertigen.

Die Presse ist namentlich in Ostpreußen hart verfolgt. Dort werden jetzt Tag für Tag die Blätter fenstfeger, wegen Mittheilung von Dingen, die in allen anderen preussischen Blättern frank und frei gedruckt sind und von keinem Staatsanwalt belästigt werden.

**Rassau.** Die Landesregierung hat jetzt die Anklage gegen den Abgeordneten Schenk wegen seiner Landtagsrede, in welcher er die Behörden geschmäht haben sollte, zurückgezogen. Schenk hatte sich geweigert, sich seiner parlamentarischen Aeußerungen wegen zu verantworten, und das Plenum des Appellationsgerichts sollte eben darüber, ob diese Weigerung begründet sei, entscheiden, als die Zurückziehung erfolgte. Ist damit die parlamentarische Redefreiheit auch faktisch wiederhergestellt, so muß man doch bedauern, daß die gerichtliche Entscheidung nicht erfolgt ist und nicht künftige ähnliche Angriffe für immer ausgeschlossen hat.

**Vaden.** Das Staatsministerium hat alle Behörden, welche an den Budgetarbeiten Theil nehmen, aufgefordert, bei den Vorschlägen für das ordentliche und außerordentliche Budget mit möglichster Sparsamkeit zu Werke zu gehen, da eine unabwiesbare, bedeutende Mehrforderung des Ministeriums — nicht etwa für militärische Zwecke, — sondern zur Erhöhung der Gehalte der Volksschullehrer aus den Einnahmeüberschüssen des ordentlichen Budgets gedeckt werden müsse.

Aus Belgien wird gemeldet, daß der aus Frankreich nach Belgien geschickte Schriftsteller Rogezard wegen Veröffentlichung einiger gegen den Kaiser Napoleon gerichteten Gedichte aus Brüssel ausgewiesen und mit Anwendung von Gewalt über die Grenze (nach Preußen) gebracht werden ist. Die belgische Regierung, vermag derartige Maßregeln auszuführen, erst jüngst von den Kammern genehmigtem Fremden-gesetz, welches die öffentliche Meinung des Landes im höchsten Grade schon während der Vernehmung aufgeregt hat. Es kamen damals lebhafteste Demonstrationen vor, die sich jetzt bei der Ausweisung Rogezards erneuten. Insofern Geseß ist ein häßlicher Fleck in der sonst so liberalen Verwaltung Belgiens.

In England hat das Ministerium jetzt Vorkehrungsmaßregeln getroffen gegen die sogenannten „Fenster.“ Es sind dies Leute, welche den alten Plan der Verheerung Irlands von England von Neuem in Scene setzen wollen und aus Zugvögeln der nach Amerika ausgewanderten Irländer rechnen.

#### Ein Freund in Paris.

In Paris ist unter dem Titel „die Konvention von Gastein“ ein Buch erschienen, welches sich die Aufgabe gestellt

hat, die Handlungsweise des preussischen Ministerpräsidenten, des jetzigen Grafen Bismarck zu vertheidigen. Wir glauben, daß der neue Graf alle Ursache hat, seinem überreichen Pariser Freunde das bekannte Wort zuzurufen: „Gott schütze mich vor meinen Freunden!“ Wronigstens können wir uns nicht denken, daß es ihm angenehm sein wird zu lesen, wie sein Pariser Lobredner ihn des Verbrechens des Hochverrats ohne Weiteres für schuldig hält. In jenem Buche heist es wörtlich aus dem Französischen überlegt: „Gewiß hätte sich ein Mann dieses Schlags, nämlich Herr von Bismarck, nicht gefürchtet, die Berliner Abgeordneten durch ein Detailen aneinander sprengen zu lassen oder die unumgängliche Anwesenheit Schleißwig zu preklamiren, um alldenn die eine wie die andere Maßregel durch das allgemeine Stimmrecht gutheissen zu lassen, welches, gut geleitet, sie mit erdrückender Majorität geheiligt haben würde.“

Der § 61 des Strafgesetzbuches vom 14. April 1851 lautet: „Ein Unternehmen, welches darauf abzielt: ... die Staatsverfassung gewaltsam abzuändern ... ist Hochverrath und soll mit dem Tode bestraft werden.“

Wenn also der Pariser Lobredner von dem jetzigen Grafen Bismarck sagt: er hätte sich nicht „gefürchtet“, diese durch das Geseß mit dem Tode bedrohte Handlung zu begehen, so leistet er ihm einen schlechten Dienst. Ob überhaupt zum Begehen eines Verbrechens Muth oder Furchtlosigkeit gehört, darüber wollen wir mit jenem Schriftsteller nicht streiten, jeden Falls pflegt sich niemand dieser Furchtlosigkeit zu rühmen. Außerdem ist es bekannt, daß die Verbrecher gewöhnlich hoffen, sich den rechtlichen Folgen ihrer strafbaren Handlungen entziehen zu können. Darauf scheint auch der Verfasser der „Konvention von Gastein“ für seinen Helden zu rechnen, indem er hinzufügt: „das allgemeine Stimmrecht würde jene Maßnahme mit erdrückender Mehrheit geheiligt haben.“ „Geheiligt!“ Wie weit doch heute der Mißbrauch mit den Worten geht! Ein Verbrechen soll geheiligt werden können! Und wodurch? Durch das allgemeine Stimmrecht, welches in dieser Form eine geistliche Geltung in Preußen gar nicht hat, also nicht besteht. Und noch dazu, wie ausdrücklich hinzugesagt wird, durch das „gut geleitete“, oder richtiger gesagt: verfaßte allgemeine Stimmrecht.

Wir glauben, der Verfasser der „Konvention von Gastein“ lebt schon zu lange in Paris und hat über der Betrachtung der französischen Zustände vergessen, wie es in Deutschland aussieht. Unser Volk ist wenig geneigt den Satz anzuerkennen: Macht geht vor Recht, und wird in der Unterwerfung fremder Völkstämme niemals einen Trost für den Verlust des eigenen Rechtes finden. Es ist sich zu sehr bewußt, wie seine ganze Macht in seinem Rechte wurzelt und verlangt von seinen Staatseltern vor Allem die Beobachtung des öffentlichen Rechtes und der Geseze.

Die liberale Partei in Preußen hat wahrlich nichts wider die Einführung des allgemeinen Stimmrechtes einzuwenden. Nur muß die Entwicklung desselben auf gesetzlichem Boden erfolgen. Ein jeder Versuch, das allgemeine Stimmrecht zur „Heiligung“ eines gewaltsamen Umsturzes unserer beschworenen Staatsverfassung zu benutzen, müßte zerfallen an dem Rechtsinne unseres Volkes, und der Staatsmann, welcher diesen frevelhaften Versuch wagte, würde ihn, dem Geseze gemäß, mit dem Tode büßen.